DIE JUGEND EUROPAS: PERSPEKTIVEN FÜR DAS JAHR 2026

RISIKEN BEGEGNEN, CHANCEN NUTZEN

Chancengleichheit für Europas Jugend? Die europäische Wirtschaftskrise und ihre Folgen haben offenbart, wie weit Europa von diesem Ziel entfernt ist. Die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen variiert in den EU-Mitgliedstaaten zwischen sieben und 50 Prozent. Während in einigen Ländern qualifizierte Fachkräfte fehlen, versucht eine „verlorene Generation" in anderen Ländern vergebens, sich eine eigenständige Existenz aufzubauen. Was muss passieren, damit Europas Jugend im Jahr 2026 dem Ziel der Chancengleichheit näher kommt?

Diese Frage stellt sich umso dringender, da sich unsere Wahrnehmung von Arbeit grundlegend verändert. Das Arbeiten ist digitaler und flexibler geworden, die Erwartungen in Bezug auf eine ausgewogene Work-Life-Balance und berufliche Selbstverwirklichung verändern sich. Neue Branchen fordern neue Qualifikationen und der Wertewandel in Europa verändert unsere Art, über künftige Formen des Arbeitens nachzudenken. Perspektiven für die europäische Jugend im Jahr 2026 zu entwickeln, heißt daher, über sehr unterschiedliche Bereiche unserer heutigen Gesellschaft nachzudenken: Bildung, Forschung und Innovation, Migration und Digitalisierung. Wie Politik in diesen Feldern im kommenden Jahrzehnt gestaltet wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen junger Menschen in Europa.

ÜBER DEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN ZUKUNFTSDIALOG

Der deutsch-französische Zukunftsdialog wurde 2007 ins Leben gerufen. Jährlich bringt er junge Entscheidungsträger aus beiden Ländern zusammen, um aktuelle Themen der europäischen Politik zu diskutieren und ein tragfähiges Netzwerk aufzubauen. Um den Deutsch-französischen Zukunftsdialog für europäische Fragestellungen zu öffnen, ist der Zukunftsdialog seit dem Jahr 2014 in anderen europäischen Ländern zu Gast.

Mit unseren Partnern aus Spanien haben wir im Jahr 2016 zum Thema Jugendarbeitslosigkeit gearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich an einer Reihe von Foresight Workshops in Dijon (April), Lübeck (Juni) und Alcalá de Henares (Oktober). Die „Backcasting"-Methode, die in diesen Workshops zur Anwendung kam, entwirft zunächst mögliche Zukunftssituationen, um dann in einer Rückblende Politikempfehlungen zu entwickeln, die zum wünschenswerten Zukunftsszenario führen.

Der Zukunftsdialog wird vom Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Kooperation und mit großzügiger Unterstützung der Robert Bosch Stiftung durchgeführt.

www.zukunftsdialog.eu

Julie Hamann
hamann@dgap.org

Katja Borck
borck.cerfa@ifri.org

DGAP Robert Bosch Stiftung ifri

POSITIVSZENARIO I: EUROPA 2026 – KONTINENT DER CHANCEN

Die Europäische Union präsentiert sich im Jahr 2026 als nachhaltigere, enger verflochtene und sozial fortschrittliche Staatengemeinschaft. Viele der beunruhigenden Entwicklungen des Jahres 2016 – wirtschaftliche Stagnation, der Aufstieg populistischer Parteien und die Präferenz nationaler Lösungsansätze für transnationale Probleme – haben an Aktualität verloren. Regionale Disparitäten in den Chancen für junge Menschen sind deutlich weniger ausgeprägt als im Jahr 2016.

Wie ist es dazu gekommen? In erster Linie hat Europa von der rasanten Transformation in Richtung eines digitalen, nachhaltigen und wissensintensiven Wirtschaftsmodells profitiert. Gerade rechtzeitig hat die europäische Jugend die Kompetenzen erworben, die in einer „Welt 4.0" erforderlich sind. Eine fokussierte Ausbildung, die bereits im Kindergartenalter ansetzt, war hierfür unerlässliche Bedingung. Darüber hinaus ist es gelungen, viele der strukturellen Hindernisse für wirtschaftliche Partizipation abzubauen. In der Folge haben sich die Work-Life-Modelle, die Standards zur Geschlechtergleichstellung und die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Gegenden verbessert. Einen wichtigen Beitrag leistete hierbei auch die Modernisierung der Infrastruktur, die als Vorbedingung einer interregionalen Verflechtung auf dem europäischen Kontinent zur Angleichung von Wirtschaftschancen beigetragen hat.

Die positive Prognose dieses Szenarios beruht auf der Annahme, dass Reformen umgesetzt wurden und sich rasch Reformerfolge in drei Kernbereichen einstellen: Investment und Innovation, Bildung sowie Sozialpolitik. Da Reformen häufig erst nach einer gewissen Zeitspanne Wirkung zeigen, müssen die ersten Reformschritte bis zur nächsten Wahl des EU-Parlaments 2019 eingeleitet sein. Zentrale Voraussetzung dafür ist, dass dem Auseinanderdriften Europas, das sich in den Jahren 2015 und 2016 beobachten ließ, Einhalt geboten wird. Die öffentliche Debatte, die Politik und die Finanzmärkte müssen den Modus des Krisenmanagements und der Sicherheitsdiskussion verlassen und sich auf wirtschaftliche Entwicklung, Sozialpolitik und Bildungsfragen fokussieren.

POSITIVSZENARIO II: PHÖNIX AUS DER ASCHE

Das Geschäftsklima in der EU zeigt sich im Jahr 2026 als eines der günstigsten weltweit: „The phEUnix has ®isen from the @shes". Ausländische wie inländische Investitionen fördern Innovation und neue Technologien. Die Wirtschaftsentwicklung steht im Zeichen von Nachhaltigkeit und einer Senkung der CO_2-Emissionen. In den Staaten Südeuropas boomt der Sektor der erneuerbaren Energien und beschert den ehemaligen Krisenstaaten Spanien, Portugal und Griechenland wirtschaftliches Wachstum und neue Jobs. Junge, qualifizierte Europäer sind bestens auf die Anforderungen eines ausdifferenzierten, digitalen Arbeitsmarktes vorbereitet. Dadurch sind die Arbeitslosenzahlen in den EU-Staaten deutlich gesunken. Seit sich das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern egalitärer gestaltet, sind die Lebenszufriedenheit und die Arbeitsproduktivität gestiegen. Die Arbeitsbedingungen haben sich verbessert und flexibilisiert. Dank einer engen Kooperation der EU-Staaten und pragmatischer nationaler Politikansätze im Bereich Migration konnten MigrantInnen erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden und gut integrierte MigrantInnen erhalten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus.

Wie ist es zu dieser positiven Entwicklung gekommen? Nach den Wahlen der Jahre 2016 und 2017 in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Tschechien ist es neuen, moderaten Regierungen gelungen, nationale Gräben zu überwinden und weitsichtige Politiken umzusetzen. In Folge des Brexits

haben die verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten festgestellt, dass eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung im Interesse aller liegt. Im Rahmen einer zweiten, ebenfalls denkwürdigen „Messina-Konferenz" entscheiden die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, die EU mit einem gemeinsamen politischen Ansatz aus der Blockade zu führen. Ein neues „Kerneuropa" entsteht, in dem neben Deutschland und Frankreich vor allem südliche und östliche EU-Mitgliedstaaten die Entwicklung der europäischen Politik vorantreiben. Die EU erhöht ihre Investitionen in digitale ebenso wie herkömmliche Infrastruktur sowie in den Energiesektor und legt ein umfangreiches Investitionsprogramm unter dem Titel „Europa des Wissens" auf. Das Programm fördert Bildung, berufliche Fortbildung, Sprachen, Forschung und Entwicklung sowie erneuerbare Energien und grüne Technologie. Ein Richtlinienpaket zu Arbeitsbedingungen, Lohngleichheit, Elternzeitregelungen und finanziellen Anreizen für Frauen in MINT-Fächern wird verabschiedet.

Unter diesen Bedingungen besetzt eine neue Generation von "digital natives" eine wachsende Zahl an Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik. Sie lösen schrittweise die Generation der Baby Boomer ab und treiben eine digitale Revolution im Unternehmenssektor voran.

STRATEGISCHE POLITIK-OPTIONEN: CHANCEN NUTZEN AUF DEM WEG ZUM BEST-CASE SZENARIO

Einrichtung eines neuen EU-Fonds als Beitrag zur **Lösung der Migrationskrise**, der Schulden vergemeinschaftet, wenn im Gegenzug eine Quotenregelung zur Aufnahme von Geflüchteten akzeptiert und ein Rettungsprogramm im Mittelmeer umgesetzt wird. Handelsabkommen werden künftig an Migrationsabkommen gekoppelt.

Schaffung von Steueranreizen und EU-Fonds zur Förderung von **Innovation** in neuen und traditionellen Wirtschaftszweigen (z.B. im Automobilsektor, dem „Silicon Valley der EU") sowie für Investitionen in digitale Infrastruktur (z.B. Highspeed Internet). Bereits im Kindergarten wird die Innovationsfähigkeit von Kindern geschult, Jugendliche qualifizieren sich in Bereichen, die den Bedürfnissen aktueller und künftiger Arbeitsmärkte entsprechen.

Aufwertung der „**green economy**" zur Senkung der Abhängigkeit im Energiesektor. Die Förderung erneuerbarer Energien, die in der EU produziert werden, bildet das strategische Ziel einer Energieunion. Die Transformation in Richtung einer „green economy" wird durch EU-Fonds unterstützt.

Festlegung einer Höchstanzahl von 15 Stunden pro Woche, die Arbeitnehmer im Büro präsent sein müssen, als Anerkennung der Bedeutung einer ausgeglichenen **Work-Life-Balance**. Firmen erhalten Anreize für die Schaffung von Teilzeitstellen für bestimmte Zielgruppen (Senioren, junge Eltern, Studierende) und die Einführung eines EU-weit geltenden Mindestgehalts für Praktika.

Transparenz der Gehälter auf EU-Ebene zur Annäherung an das strategische Ziel der **Gleichberechtigung** von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zur Förderung der Teilhabe von Vätern an der Kindererziehung wird ein Aufschlag von 25 Prozent auf das Elterngeld ausgezahlt, wenn beide Elternteile die Elternzeit gleichberechtigt aufteilen.

Stärkung der **Kenntnisse künftiger Generationen über Europa** durch die Aufnahme des Fachs Europastudien in die Lehrpläne an Schulen. Das Budget des Erasmusprogramms wird erhöht, um seine Ausweitung auf den Zeitraum vor der Universität zu ermöglichen.

NEGATIVSZENARIO I: SACKGASSE EUROPA

Im Jahr 2026 befindet sich die EU in einer trostlosen Situation. Der Idee eines „immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker" wurde eine Absage erteilt. Der Mangel an Attraktivität der EU für die Bevölkerung hat den europäischen Integrationsprozess nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern sogar seine schrittweise Rückabwicklung eingeleitet. Nach der Brexit-Entscheidung aus dem Jahr 2016 hat sich die Diskrepanz zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten und der europäischen Elite verschärft. Dies kommt euroskeptischen Parteien nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern auch auf europäischer Ebene zu Gute. Das erfolgreiche Abschneiden euroskeptischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament lähmt die EU und führt zu einer Renationalisierung von Kompetenzen im Bereich der Zollunion sowie der Agrar- und Handelspolitik. Protektionismus und „Vorrang für die eigenen Bürger" sind die neuen Slogans.

Im Jahr 2018 wird das Schengen-Abkommen aufgegeben, nachdem es den europäischen Staats- und Regierungschefs nicht gelungen ist, gemeinsame Lösungen für internationale Herausforderungen zu finden. Eine neue Flüchtlingswelle aus Kriegsregionen erreicht die EU, die zugleich von einer neuen Wirtschaftskrise betroffen ist. Vier Jahre später zerbricht auch der Bologna-Prozess zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraums. Unternehmen und Investoren verlassen die EU auf der Suche nach Standorten mit einem günstigeren Investitionsklima. In der Folge sinken die Einnahmen der Mitgliedstaaten, die sich dadurch zu drastischen Ausgabenkürzungen und zu einer Neubeurteilung ihrer Haushaltsprioritäten gezwungen sehen. Öffentliche Ausgaben für Bildung und neue Technologien sinken. Populistische Regierungen begünstigen ältere Bürgerinnen und Bürger durch steigende Renten. Die Jugend Europas hingegen zeigt sich durch hohe Arbeitslosigkeit und Armut destabilisiert. Durch die Privatisierung von Universitäten steigt die Bildungsungleichheit auf nationaler und europäischer Ebene. Hinzu kommt ein Mangel an sozialer und beruflicher Mobilität. Ein Paradigmenwechsel in den europäischen Gesellschaften verschärft die Kluft zwischen Regionen und Generationen. Die Solidarität zwischen Generationen sinkt, Konflikte nehmen zu. Auch zwischen nord- und westeuropäischen Ländern auf der einen und süd- und osteuropäischen Ländern auf der anderen Seite steigen die Differenzen. Im Jahr 2026 ist die Idee einer Europäischen Union nur noch eine Erinnerung.

NEGATIVSZENARIO II: EINE SCHMALSPUR-EU AUF DEM WEG IN DIE KRISE

In diesem Worst-Case-Szenario hat die EU zwischen 2018 und 2026 eine schrittweise Desintegration in drei Etappen erlebt. Zwischen 2018 und 2020 gerät das europäische Projekt unter Druck, mehrere Austrittswellen folgen auf den Brexit und das EU-Flüchtlingsprogramm wird nur rudimentär umgesetzt. In der zweiten Phase zwischen 2021 und 2022 verschärft sich die Lage durch eine Krise der öffentlichen Finanzen, Religionskonflikte und eine Verstärkung nationalistischer Tendenzen. Im Bildungssektor wird gespart, die jüngst eingerichteten Hot Spots für die Registrierung von Geflüchteten werden von der Zivilgesellschaft abgekoppelt und in der ganzen EU nehmen soziale Spannungen zu. In der dritten Phase zwischen 2022 und 2026 wird die krisenhafte Entwicklung der EU unumkehrbar und die EU ist gescheitert. Die Gesellschaften zeigen sich immer tiefer gespalten (Europäer vs. Nicht-Europäer, Gebildete vs. weniger Gebildete), die Gräben vertiefen sich durch Finanzkrisen und Einsparungen im Bildungsbereich (die unter anderem zur Einstellung des vormals hoch gepriesenen Erasmus-Programms führen). Lehrer streiken in der gesamten EU und den Volkswirtschaften fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. In Folge von Konflikten und Armut in der europäischen Nachbarschaft halten die Flüchtlingsbewegungen nach Europa an. 2026 zeigt sich die Situation der EU so düster, dass wenig Hoffnung auf Erholung besteht. Die Union steckt in einer tiefen institutionellen Krise. Nur noch 17 Mitgliedstaaten sind Teil des Staatenbundes. Mit der Aufgabe des Schengen-Abkommens endet die Freizügigkeit in Europa und die Migrationspolitik ist gescheitert. Auf Grund der fehlenden Investitionen im Bildungssektor kommt es zu dessen grundlegender Privatisierung und einer beinahe unüberwindbaren Ungleichheit zwischen Europäern und nicht-europäischen Migranten. Eine „verlorene Generation" ist von hoher Arbeitslosigkeit betroffen.

STRATEGISCHE POLITIK-OPTIONEN: RISIKEN BEGEGNEN UM WORST-CASE-SZENARIEN ZU VERHINDERN

Entwicklung eines **Bildungsförderplans** in allen Mitgliedstaaten. Adäquate Bildung und Ausbildung sind unabdingbare Voraussetzung, um junge Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Bildungsausgaben sollten daher aus der nationalen Defizitberechnung ausgeklammert werden, um langfristig eine Abwanderung qualifizierter Fachkräfte zu verhindern und Staaten zu fördern, die in Bildung investieren. Bestehende Austauschprogramme müssen in Bezug auf ihre Zielgruppe (Lehrer, Führungskräfte und Trainees), ihre Inhalte und ihre Reichweite ausgeweitet werden.

Erarbeitung einer **umfassenden Migrationsstrategie**, die der Tatsache gerecht wird, dass die Instabilität in der europäischen Nachbarschaft ebenso wie die Migration zunehmen. Angesichts der Konflikte im östlichen Mittelmeerraum und im Mittleren Osten sollte die Zusammenarbeit mit Ländern wie der Türkei, Ägypten und dem Iran grundsätzlich beibehalten, aber von einer Erfüllung europäischer und internationaler Menschenrechtsstandards abhängig gemacht. Für die Aufnahme von Geflüchteten in der EU sollten „Solidaritäts-Fonds" eingerichtet werden, sodass die sozialen und wirtschaftlichen Kosten auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden. Um sozialen Zusammenhalt in den Ländern zu fördern, müssen inklusive Strategien der Stadtplanung umgesetzt werden.

Förderung von Innovation, denn die Modernisierung des Wirtschaftssystems ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft der EU. Asien und die Vereinigten Staaten bauen ihren Vorsprung im Bereich der neuen Technologien aus. Die EU muss ein Unternehmensgesetz verabschieden, das Hindernisse und administrative Hürden für Unternehmer, Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen abbaut. Innovationen müssen gezielt angestoßen werden, zum Beispiel durch den Einsatz von EU-Fonds und die Förderung von Investitionen aus dem Privatsektor. Neue Industriebranchen haben dabei höchste Priorität. Hier muss die EU strategische Entwicklungsprogramme für die Bereiche Robotik, Smart Cities und Green Energy auflegen.

Faire Arbeitsbedingungen und ein wettbewerbsfähigerer und inklusiverer Arbeitsmarkt umfassen drei zentrale Elemente: Arbeitsplatzsicherheit, eine ausgewogene Work-Life-Balance und ein erfolgreicher Übergang vom Ausbildungssystem in den Arbeitsmarkt. Arbeitnehmer brauchen Jobsicherheit, um sich zu engagieren und ihre Fähigkeiten voll zu entfalten. Flexibilität, Lohngerechtigkeit und eine gleichberechtigt aufgeteilte Elternzeit ermöglichen eine ausgeglichene Work-Life-Balance. Adäquate Ausbildungsmöglichkeiten in allen Mitgliedstaaten vereinfachen den Übergang junger Menschen ins Berufsleben.

Das Projekt Europa steckt in einer Krise, auf die die europäische Politik bislang keine Antwort gefunden hat. Eine **Umgestaltung der Europäischen Union** muss daher einen „Notfall-Solidarmechanismus" enthalten, der in Krisensituationen (Migration, Naturkatastrophen, Terrorismus usw.) zum Einsatz kommt. Dafür müssen auf lokaler Ebene Menschen mit guten Ideen und der Bereitschaft, sich zu engagieren, mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Eine grundlegende Reflexion über das europäische Projekt ist hierfür unabdingbar. Alle Mitgliedstaaten müssen sich mit den europäischen Institutionen auseinandersetzen und entscheiden, ob und in welcher Form eine vertiefte Integration möglich ist. Sobald sich eine gemeinsame Vision abzeichnet, müssen die Bürgerinnen und Bürger über EU-weite bürgerschaftliche Bildungsprogramme eingebunden werden.

POLICY-OPTIONEN: WAS WIR EMPFEHLEN

Erasmus++ durch finanzielle Anreize ausweiten: Mehr EU-Mittel müssen in Programme wie Erasmus fließen, um den länderübergreifenden Austausch von Arbeitnehmern, insbesondere ohne akademischen Hintergrund, zu fördern. Die Programme umfassen verpflichtende Kurse über die EU, um gemeinsame Werte zu entwickeln und das europäische Projekt wieder greifbarer zu machen.

Bildungsinvestitionen nicht auf Haushaltsdefizite anrechnen: Bildung stärkt Demokratie und kritische Reflexion über die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Daher muss Bildung in ein innovatives Umfeld eingebettet sein, das die Entwicklung von Lösungen für komplexe Probleme unterstützt.

Kooperationen wissenschaftlicher Institutionen und privater Unternehmen in Forschungsclustern fördern: Die Europäische Kommission braucht eine Strategie, um die Bildung von Forschungsclustern für wissenschaftliche Institutionen und private Unternehmen im Bereich der Digitalisierung zu unterstützen. Priorität haben dabei Cluster in Regionen, die nicht bereits Innovationszentren sind. Das Projekt kann auf bestehenden Rahmenprogrammen wie Horizont 2020 aufbauen.

Grüne "Silicon Valleys" fördern: Die Europäische Kommission muss Anreizpakete, z.B. in Form von Steuervergünstigungen oder Investitionsschutz, schnüren, um Unternehmer zu unterstützen, deren Projekte ökologische oder soziale Nachhaltigkeit fördern – zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien, des Umweltschutzes, des sozialen Zusammenhalts oder der Gemeinschaftsbildung.

Gehaltstransparenz und Lohngleichheit sicherstellen: Eine EU-Richtlinie sollte Arbeitgeber dazu anhalten, Durchschnittsgehälter nach Berufsprofilen zu publizieren, die für Männer und Frauen gleichermaßen gelten. Dies fördert gerechte Bezahlung und wirtschaftliches Wachstum durch eine bessere Nutzung der Qualifikation von Frauen.

50:50 Aufteilung der Elternzeit verpflichtend machen: Beide Elternteile sollten bis zu einer gesetzlich definierten Grenze die von ihnen gewünschte Elternzeit festlegen. Diese wird dann zwischen beiden Eltern gesplittet, sodass Karrierevor- und -nachteile gerecht verteilt werden.

EU-Fonds zur Förderung der Aufnahme von Geflüchteten einrichten, eine Investitionsstrategie für die europäische Nachbarschaft entwickeln: Jeder EU-Mitgliedstaat soll über seinen finanziellen Beitrag in Feldern wie Entwicklung, humanitärer Hilfe oder Grenzmanagement entscheiden. Auch ein innovativer Ansatz wie die Übertragung eines Anteils der nationalen Schulden in einen Fonds, der nur Staaten zur Verfügung steht, die Geflüchtete aufnehmen, wäre denkbar. Begleitend muss eine umfassende Investitionsstrategie für die Länder des Mittleren Ostens und Nordafrikas entwickelt werden, die Investitionen an Rückübernahmeabkommen koppelt.

Anreize zum Job-Splitting in Unternehmen schaffen: Die EU muss Unternehmen Anreize geben, Arbeitsstellen zu teilen. Jeder junge Jobsuchende in Europa soll so einen Arbeitsplatz erhalten, der seinen/ihren Qualifikationen entspricht. Auch MigrantInnen und Arbeitslose können so leichter in den Arbeitsmarkt integriert werden. Als Anreiz zur Splittung einer Vollzeit- in zwei Halbzeitstellen können Steuererleichterungen oder Subventionen für Arbeitgeber dienen.

Subsidiarität mit vertiefter Integration verbinden: Das Prinzip der Subsidiarität muss in die Praxis überführt werden und nationalen, regionalen und lokalen Parlamenten und Nichtregierungsorganisationen als Basis dienen, Probleme in ihrem unmittelbaren Umfeld effizient anzugehen. Subsidiarität stärkt die demokratische Legitimation von Entscheidungen, die EU-Bürgerinnen und Bürger betreffen.

Die Autoren:

Jan Bahr-Vollrath
Rosa Cornejo Rodríguez
Henri Dupuis
Simon Haefner
Ramona Koppe
Carlota Marti Níubò
Georg Neubauer
Marta Paradés Martín
Silke-Maria Preßentin
Isabel Skierka
Anaïs Boelicke
Monika Chhor
Antoni Fournier
Natalie Hallensleben
Claire-Marie Kostmann
Carlos Mascarell Vilar
Philipp Nießen
Marta Pont Guixa
Clément Rausch
Javier Adel Tahiri Sánchez
Clémentine Chaigneau
Méria Diabira
Claire Gloaguen
Jean-Michel Hauteville
Salvador Llaudes
Cristina Mont Castro
Joan Carles Pamies
Henri Poublan
Martin Schiller
Carlos Victoria Lanzón

Dieser Bericht wurde von Julie Hamann, Programmmitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP, und Katja Borck, Projektmanagerin des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am Ifri, unter Mitarbeit von Miranda Robins verfasst. Die Übersetzung ins Deutsche erfolgte von Katrin Sold, Dezember 2016.